Dr. h.c. Charlotte Knobloch
Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern
Ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland
Beauftragte für Holocaust-Gedenken des World Jewish Congress

Gedenken an den 9. November 1938
München, 9. November 2019

Israelitische
Kultusgemeinde
München
und Oberbayern

– Es gilt das gesprochene Wort –

Kvod HaRabbanim,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter,
auch Ihnen gilt – in diesem Jahr erneut – mein tief empfundener und aufrichtiger Dank für Ihren Einsatz für dieses Gedenken. Die Erinnerung an den 9. November 1938 wachzuhalten und die Schrecken dieser Nacht nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, das war Ihnen von Anfang an ein Herzensanliegen – und genau das muss es auch sein.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Friedman,
ich darf Ihnen sehr herzlich danken für Ihre Worte, die auch heute wieder deutlich und berechtigt waren und von denen wir nur hoffen können, dass sie diejenigen Menschen erreichen, die sie am dringendsten hören sollten.

Gerade in diesen Zeiten, die für uns als jüdische Gemeinschaft wahrlich alles andere als einfach sind, können wir froh sein, dass wir stimm- und wortgewaltige Menschen wie Sie haben, die mit klaren Worten und scharfer Analyse die Probleme benennen – aber auch Lösungsvorschläge aufzeigen.

Ihre Botschaft, die Sie seit vielen Jahren formulieren, ist dabei mehr als klar: Der Judenhass, den wir erleben, ist eine wachsende Gefahr – für die ganze Gesellschaft.

Er bedroht die Freiheit jedes Einzelnen in unserem Land – und er kann nur von der Gesamtgesellschaft überwunden werden. Die verbreitete Annahme, Judenhass sei ein Problem der jüdischen Gemeinschaft, ist kurzsichtig und falsch: Jüdische Menschen mögen zwar zu seinen ersten Opfern zählen, aber die Intoleranz und der Hass, die vom Antisemitismus nicht zu trennen sind, stellen eine Gefahr für die Demokratie insgesamt dar. Auch darauf weisen Sie seit Langem immer wieder und völlig zurecht hin.

Gegen diese Gefahr kann uns nur die Erinnerung an die Vergangenheit wirksam immunisieren. Wer versteht, wie sehr die Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte und damit unser demokratischer Rechtsstaat vom Versprechen des „Nie wieder“ abhängen, der wird begreifen, dass einzig eine tatkräftige Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus überhaupt etwas bewirken können.

Die Erinnerungskultur, der Kampf gegen Judenhass und die demokratische Kultur sind daher die drei Elemente, die wir stärken müssen, um nicht morgen wieder in einem ganz anderen Land aufzuwachen.

Genau daran aber scheitern wir heute.
Wie sonst ist zu erklären, dass in unserer Gesellschaft – und besonders in der Politik – so vieles so grundlegend ins Rutschen gekommen ist, das wir eigentlich für festgefügt und dauerhaft gehalten hatten?

Wie kann es sein, dass die Vertreter der jüdischen Gemeinschaft – hier in München, aber auch in anderen Teilen unseres Landes und in ganz Europa – heute wieder und wieder und wieder vor Kameras und Mikrofone treten müssen, um der Mehrheitsgesellschaft zu erklären, dass und warum der Judenhass heute erneut eine so starke gesellschaftliche Rolle spielt?

Wie ist es möglich, dass jüdische Menschen sich heute wieder unsicher, alleingelassen und hilflos fühlen müssen? Dass aus „Nie wieder“ immer öfter „jetzt wieder“ wird? Dass jüdische Menschen beschimpft, beleidigt und bedroht werden? Dass jüdische Schüler gemobbt und Rabbiner auf offener Straße angegriffen werden? Dass es, wie in Halle, nur dem mutigen Eingreifen jüdischer Menschen selbst zu danken ist, wenn es nicht zu furchtbaren Blutbädern kommt?

Gewiss ist Deutschland heute ein freies, demokratisches und sicheres Land. Von den Abgründen des NS-Regimes sind wir heute – G’tt sei Dank – weit entfernt.
Wer aber glaubt, das werde ohne unser Zutun auf ewig so bleiben, der irrt.

Ich selbst wurde Ende 1932 in einer Republik geboren, der viele zu lange zu sorglos vertraut hatten – und die nun in den letzten Zügen lag. Das war nur möglich geworden, weil die Demokraten die Gefahren zuvor lange unterschätzt, kleingeredet oder ausgeblendet hatten – bis es schließlich zu spät war.

Was folgte, war die Entrechtung und Verfolgung jüdischer Menschen – und schließlich das singuläre Menschheitsverbrechen des Holocaust. Das Tor zu dieser Vernichtung stieß unter anderem der Gewaltexzess des 9. November 1938 weit auf. An diesem Tag erkannten die Nationalsozialisten, dass sich ihnen selbst bei brutalster Gewalt gegen die jüdische Gemeinschaft niemand in den Weg stellen würde.

Deutschland heute ist keine „Republik ohne Republikaner“. Anders als zu Weimarer Zeiten konnte sich nach 1949 erfolgreich eine demokratische Tradition etablieren, die auf der Menschenwürde als zentraler politisch-moralischer Idee basiert.
Diese Menschenwürde, zu deren Schutz die Bundesrepublik gegründet wurde und die auch Sie, verehrter Prof. Dr. Friedman, in den Mittelpunkt Ihrer Betrachtung gestellt haben, bringt dies wie keine andere gesetzliche Regelung zum Ausdruck. Sie ist der Dreh- und Angelpunkt unserer Demokratie und Gesetz gewordenes „Nie wieder“.

Umso alarmierender ist vor diesem Hintergrund die Zunahme von Extremismus und Intoleranz, von Hass und Respektlosigkeit im gesellschaftlichen Umgang. Dass sich in unserem Land etwas in eine grundlegend falsche Richtung entwickelt, zeigt sich aber eben an keiner Stelle klarer als im wiederaufflammenden Judenhass und im Rechtsradikalismus unserer Tage.

Diese Phänomene machen deutlich, dass Gesetz und Wirklichkeit nicht immer zusammenpassen. Was Menschen in ihrem privaten Umgang denken und fühlen und was sie ihren Kindern für Werte vermitteln, ist leider oft hochproblematisch.

Sie selbst brachten dies Anfang des Jahres auf den Punkt, verehrter Prof. Dr. Friedman. Sie sagten:

„Wenn man sich fragt, warum ein 14-Jähriger in der Schule plötzlich 'Scheiß Jude' ruft oder 'Kanake', dann muss man vielleicht den Film zurückdrehen und sich fragen, was haben die Eltern am Mittagstisch gesagt?“

Dieses Mittagstisch-Phänomen reicht heute bis weit hinein in die Politik, wo eine antidemokratische, rechtsradikale Partei aus den Parlamenten heraus die Arbeit der demokratischen Parteien untergräbt – mit Billigung von Wählern, die genau wussten, was sie taten, als dieser Partei ihre Stimme gaben.

Wer das im Hinterkopf behält, der muss nicht lange nach den Gründen für die Verunsicherung und die Angst unter jüdischen Menschen hierzulande suchen.

Die berühmten Worte Primo Levis, dass, was einmal geschehen ist, auch erneut geschehen kann, sind heute mehr als nur eine zutreffende Beobachtung. Sie sind uns eine deutliche Warnung – oder müssen dies zumindest sein.

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald Lauder, den Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, bereits erwähnt hatten, regte im Rahmen seines Besuchs in München Anfang vergangener Woche auch an, rechtsextreme und neonazistische Parteien und Netzwerke in Deutschland zu verbieten. Das wäre eine weitreichende, aber sinnvolle und richtige Lösung. Mit staatlichen Eingriffen allein ist es aber nicht getan.

Wer die Sicherheit aller Bürger in diesem Land will, der darf sich nicht allein auf die Politik verlassen. Niemand in unserem Land kann seine Hände in Unschuld waschen, wenn Menschen in Angst leben müssen.

Wir müssen den Feinden der Demokratie entgegentreten. Heute vor 81 Jahren haben wir gesehen – und habe ich erlebt – wohin es führt, wenn die Demokratie nicht demokratisch verteidigt wird und wenn die Mehrheit einer bedrängten Minderheit nicht zur Seite steht.
Ich darf Sie abschließend noch ein letztes Mal zitieren, verehrter Herr Prof. Dr. Friedman. In einem Zeitungsinterview Mitte Oktober sagten Sie in Bezug auf den Menschenhass in unserem Land:

„All diese Angriffe sind Angriffe auf die Grundsubstanz der Demokratie. Die Verachtung gegenüber Menschen und Institutionen ist die Verachtung dessen, was wir Demokratie nennen.“

81 Jahre nachdem die Synagogen brannten und jüdische Menschen in den Straßen deutscher Städte misshandelt und verschleppt wurden, kämpfen wir erneut um diese „Grundsubstanz der Demokratie“. Niemand von uns kann sich dieser Verantwortung entziehen. Aus praktischer Erinnerung muss tatkräftiges Handeln werden, aus dem Versprechen des „Nie wieder“ ein Land, in dem die Schrecken der Vergangenheit genau eines sind: Vergangen.

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter, und Ihnen, verehrter Herr Prof. Dr. Friedman, abermals für Ihre Worte.
Ihnen allen danke ich für Ihr Kommen am heutigen Abend.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.